



114/2005

Kiel, 29. August 2005

## **Die 5. Tagung des Landtages: Nachtragshaushalt 2005 und Haushaltsplan 2006 werden beraten**

Kiel (SHL) – *Mit einer Fragestunde startet der Landtag am Donnerstag um 9:00 Uhr in seine 5. Tagung, die am Freitag um 18:00 Uhr beendet sein wird.*

In der Fragestunde am **Donnerstag, 1. September, 9:00 Uhr**, geht es auf Antrag des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug um Bildungspolitik. Er fragt die Regierung: „Befürwortet die Landesregierung eine vollständige Veröffentlichung der jüngsten PISA-Ergebnisse einschließlich der Landesergebnisse in allen Schularten – also nicht nur den Gymnasien –, oder lehnt die Landesregierung eine solche Offenlegung der PISA-Daten ab – wie dies laut Bericht der WELT vom 25. August 2005 ‚vor allem die SPD-geführten Bundesländer‘ tun?“ Die zuständige Ministerin Ute Erd-siek-Rave wird gemäß Geschäftsordnung die Frage mündlich im Plenum beantworten. Anschließend kann der Fragesteller noch drei Zusatzfragen stellen, und auch andere Abgeordnete können mit eigenen Fragen „nachbohren“.

Danach berät der Landtag auf Antrag der FDP über die personelle Lage der **Polizei** (Drs. 16/208). Ein Konzept für eine Polizeiorganisationsstruktur und zur Attraktivitätssteigerung des Polizeiberufes soll die Landesregierung zur Tagung des Landtages im November vorlegen (9. - 11.Nov.).

Nächstes Thema ist die **Agrarinvestitionsförderung**. Im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/194) dazu wird die Landesregierung aufgefordert, soziale und ökologische Kategorien bei der ab 2007 geplanten Neuausrichtung der Richtlinien des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) beizubehalten.

Um den **Vertragsnaturschutz** geht es danach ebenfalls auf Antrag der GRÜNEN (Drs. 16/195). Demnach sollen den Landwirten grundsätzlich Verträge mit einer Laufzeit von fünf Jahren angeboten werden. Die Fraktion bemängelt, dass die Landesregierung bei einer Reihe von Vertragsarten auf eine einjährige Laufzeit übergegangen ist. Zudem kritisieren die GRÜNEN den Plan des Landwirtschaftsministeriums, den Schwerpunkt des Vertragsnaturschutzes künftig auf die Natura 2000-Schutzgebiete zu legen. Die Fraktion fordert, solche Verträge auch in Regionen anzubieten, die nicht von der Landesregierung im Rahmen der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie nach Brüssel gemeldet worden sind.

Letzter Punkt am Vormittag sind die Beratungen über den **Nachtragshaushalt 2005** (Drs. 16/177 und 219). Der Landtag berät den Nachtragshaushalt in Zweiter Lesung, nachdem der Landtagspräsident von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, den Entwurf ohne Erste Lesung unmittelbar in die Ausschüsse zu überweisen. Der federführende Finanzausschuss empfiehlt dem Landtag, den Etat mit einer Reihe von Änderungen anzunehmen.

Am Nachmittag geht dann der **Haushalt 2006** in die Erste Lesung (Drs. 16/180 und 198). Der Regierungsentwurf sieht die Senkung der Nettoausgaben des Landes im kommenden Jahr von 8,235 auf 8,227 Milliarden Euro vor (minus 0,1 Prozent). Die Neuverschuldung soll im Vergleich zum laufenden Jahr um 8,3 Prozent auf 1,563 Milliarden Euro reduziert werden. Dies soll durch Einsparungen im Verwaltungsbereich und bei Förderprogrammen, durch die Kürzung des Landesblindengeldes um zehn Prozent, durch die Beteiligung der Polizisten an der Heilsfürsorge, durch die Streichung des Programms Ökotechnik, durch Kürzung des Zuschusses an das Sondervermögen Wald und durch Kürzung des Budgets für Flächenkäufe durch die Landesstiftung Naturschutz erreicht werden.

Ein Großteil der 42.000 Landesbeamten soll ab August 2006 eine Stunde mehr (dann: 41 Wochenstunden) arbeiten. Mittelfristig sollen die Personalkosten um bis zu 15 Prozent sinken.

Gleichzeitig gibt das Finanzministerium dem Parlament den Finanzplan für die Jahre 2005 bis 2009 zur Kenntnis. Danach soll die Nettokreditaufnahme bis 2009 von derzeit 1,7 Milliarden Euro auf 1 Milliarde zurückgeführt werden.

Am **Freitag, 2. September**, diskutiert der Landtag zunächst über den **Regionalflyhafen Lübeck-Blankensee**. CDU und SPD fordern in einem gemeinsamen Antrag dazu einen Bericht der Landesregierung über geplante Maßnahmen, um den Regionalflyhafen zukunftsfähig zu machen (Drs. 16/187). Die FDP-Fraktion fordert zudem eine **Bundesratsinitiative für ein „Flyhafen-Lübeck-Gesetz“** von der Landesregierung (Drs. 16/221), um ein neues Planfeststellungsverfahren zu umgehen. Hintergrund ist der stockende Ausbau des Regionalflyhafens aufgrund erfolgreicher Klagen von Naturschutzverbänden. Die Richter des Oberverwaltungsgerichtes gaben den Einwänden des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) statt und legten die Startbahn-Verlängerung auf Eis.

Der **Ausbau des Flyhafens Kiel-Holtenau** ist der nächste Tagesordnungspunkt. Hierzu liegt ein Bericht der Landesregierung vor (Drs. 16/213). Darin wird für den Herbst 2005 ein Flyhafenentwicklungs- und Luftverkehrskonzept für Schleswig-Holstein und Hamburg angekündigt.

Danach geht es in Zweiter Lesung um die **Wahl zu den Präsidien der Gerichte**. Der Innen- und Rechtsausschuss hat dazu eine Beschlussempfehlung vorgelegt, der alle Fraktionen außer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt haben (Drs. 16/155). Der Gesetzentwurf beinhaltet die Aufhebung der von der rot-grünen Vorgänger-Koalition beschlossenen Regelung. Das Gesetz hatte der Landtag im Dezember 2004 mit den Stimmen von SPD, Grünen und SSW gegen CDU und FDP beschlossen. Es sah für die Besetzung der Präsidien unter bestimmten Voraussetzungen das Verhältniswahlrecht vor. Die große Koalition möchte nun zur ursprünglichen gesetzlichen Regelung zurückkehren. Demnach sollen die Gerichtspräsidien ausschließlich per Mehrheitswahl bestimmt werden.

In Erster Lesung wird anschließend über einen Gesetzentwurf der FDP zur **Änderung des Hafenanlagensicherheitsgesetzes (HaSiG)** beraten (Drs. 16/207). Nach dem Willen der Liberalen soll die Zuständigkeit für die Kontrolle der Hafenanlagen von der beim Innenministerium angesiedelten Wasserschutzpolizei zum Wirtschaftsministerium übergehen. Und: Die FDP will die Hafentreiber von den Gebühren entlasten, die sie bei den Behörden für die Erstellung von Gefahrenabwehrplänen entrichten müssen. Mit diesen beiden Punkten nimmt die FDP-Fraktion eine gemeinsame Initiative mit der CDU vom Januar dieses Jahres wieder auf. Damals waren sie jedoch mit ihrem Vorhaben an der rot-grünen Mehrheit gescheitert.

Letztes Thema vor der einstündigen Mittagspause ist die **Grünlandförderung**. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dazu einen Antrag eingebracht (Drs. 16/196). Sie fordern die Landesregierung darin auf, die bisherige Landesverordnung zur Bestimmung des Wertverhältnisses für Dauergrünland

wieder in Kraft zu setzen. Hintergrund: In der neuen Landesverordnung wurde die Förderung für Ackerland von 283 €/ha auf rund 300 €/ha erhöht, die Grünlandprämie dagegen von 117 €/ha auf 78 €/ha abgesenkt. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürchtet daher, dass das Grünland zusehends umgebrochen wird, da die Flächennutzung als Ackerland für die Bauern einträglicher ist. Diese Entwicklung sehen sie insofern als „ökologisch wie auch für den Gewässer- und Landschaftsschutz und für die Artenvielfalt hochgradig bedenklich“ an.

Am **Nachmittag** geht es ab **14:00 Uhr** wiederum auf Antrag der GRÜNEN um die **Weiterentwicklung der Entwicklung des ökologischen Landbaus** (Drs. 16/197). Darin wird die Landesregierung aufgefordert, die Förderung der ökologischen Landwirtschaft unverändert fortzusetzen. Derzeit werden in Schleswig-Holstein 2,9% der Agrarfläche ökologisch bewirtschaftet. Hintergrund des Antrags ist die Ankündigung des Landwirtschaftsministeriums, zunächst keine Entscheidungen über neue Öko-Förderanträge zu fällen und Alt-Verträge nur bis Ende 2006 zu verlängern. Die Landesregierung begründet dies mit dem Beginn einer neuen EU-Förderperiode ab 2007, deren genaue Bedingungen erst im Herbst 2006 feststünden.

Ein Antrag des SSW steht danach zur Beratung im Plenum an. Es wird gefordert, **Verhütungsmittel an ALG II- und Sozialhilfeempfänger/Innen kostenfrei abzugeben** (Drs. 16/199). Für dieses Ziel soll die Landesregierung sich beim Bund einsetzen. Grund: Mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) sind Verhütungsmittel nicht mehr kostenfrei, sondern werden mit einem Festbetrag abgegolten.

Unter der programmatischen Überschrift **Energiewende erfordert Atomausstieg** haben die GRÜNEN einen Antrag vorgelegt (Drs. 16/191), über den anschließend diskutiert wird. Darin wird unter anderem für die November-Sitzung des Landtages ein schriftlicher Regierungsbericht gefordert, in dem die energiepolitischen Pläne der Landesregierung dargelegt werden.

Mit der Ausbildungssituation befasst sich ein Antrag der Regierungskoalition: **Betriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken – Prioritäten setzen** fordern CDU und SPD (Drs. 16/209neu) Anhand eines umfangreichen Fragenkatalogs soll die Landesregierung in der nächsten Landtagssitzung Ende September einen Bericht zur langfristigen Verbesserung der Ausbildungssituation geben.

Danach geht es um einen Antrag, den die drei Oppositionsfraktionen erstmals gemeinsam stellen. Sie fordern **bundesweit einheitliche Basisfallwerte in Krankenhäusern** (Drs. 16/220). Hintergrund ist die Einführung unterschiedlicher Landes-Basisfallwerte, wonach gleiche stationäre Behandlungen

gen in Krankenhäusern unterschiedlich vergütet werden. Die Oppositionsfraktionen fordern daher bundesweit gleiche Wettbewerbsbedingungen. Dafür soll die Landesregierung sich im Bundesrat einsetzen.

Die **Unterrichtssituation an den öffentlichen Schulen im Schuljahr 2005/6** ist Gegenstand eines Berichts der Landesregierung, der anschließend im Plenum beraten wird (Drs. 16/170). Einige Zahlen aus dem jährlich dem Landtag vorzulegenden Bericht: Zum ersten Mal seit Jahren sinkt im neuen Schuljahr 2005/2006 die Zahl der Schüler an allgemein bildenden Schulen – um 362 auf 330.231. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren angesichts von 2,1 Prozent weniger Einschulungen in den Grundschulen verstärken. An den 1.088 Schulen im Lande unterrichten rund 25.000 Lehrer. 1.557 neue Lehrkräfte kommen in diesem Schuljahr an die Schulen. Die Landesregierung verweist darauf, dass alle frei werdenden Stellen wieder besetzt und dass 200 Planstellen neu geschaffen worden seien.

Nächstes Thema ist die **Umsetzung von Hartz IV zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** (Drs. 16/206). Hierzu legt die Landesregierung einen Bericht vor. Demnach waren im Mai 2005 ca. 20.000 Jugendliche in Schleswig-Holstein arbeitslos. Rechtlich haben Jugendliche bis 25 Jahre seit Inkrafttreten von Hartz IV einen Anspruch auf eine Ausbildung bzw. auf berufsbildende Maßnahmen.

Letzter Punkt der Tagesordnung ist der **Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für das Jahr 2004** (Drs. 16/103).

**Weitere Informationen liefert die Landtagspressestelle ab Dienstag Nachmittag im Internet unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) bei *plenum online*.**

**Kiel TV (vormals *Offener Kanal Kiel*) überträgt die Plenartagung wie gewohnt live im Fernsehen.**

## Reihenfolge der Beratung der 5. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
<b>Donnerstag, 01. September 2005</b>			
<b>1</b>	<b>Fragestunde</b>	<b>30</b>	<b>09:00</b>
<b>23</b>	<b>Für eine moderne Polizei</b>	<b>30</b>	<b>09:30</b>
<b>18</b>	<b>Agrarinvestitionsförderung auch nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten</b>	<b>35</b>	<b>10:00</b>
19	Vertragsnaturschutz	30	10:35
11	Wahl der Mitglieder der nach dem Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz zu bildenden Kontrollorgane – <b>Eine Aussprache ist nicht vorgesehen</b> –	-	
<b>5</b>	<b>Nachtrag zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005</b>	<b>95</b>	<b>11:30</b>
<b>6</b>	<b>a) Haushaltsstrukturgesetz zum Haushaltsplan 2006 b) Finanzplan 2005 bis 2009</b>	<b>195</b>	<b>15:00</b>
<b>Freitag, 02. September 2005</b>			
<b>14 u. 32</b>	<b>Regionalflughafen Lübeck-Blankensee und Bundesratsinitiative für ein „Flughafen-Lübeck-Gesetz“</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
39	Keine Geldverschwendung für den Ausbau des Flughafens Holtenau	30	11:00
4	Aufhebung des Gesetzes über die Wahl zu den Präsidien der Gerichte	35	11:30
10	Änderung des Hafenanlagensicherheitsgesetzes	30	12:05
20	Das Grünland muss gestärkt werden	30	12:35
<b>21</b>	<b>Weiterentwicklung der Förderung des ökologischen Landbaus</b>	<b>30</b>	<b>14:00</b>
<b>22</b>	<b>Verhütungsmittel an ALG II- und Sozialhilfeempfänger/Innen kostenfrei abgeben</b>	<b>30</b>	<b>14:30</b>
16	Energiewende erfordert Atomausstieg	60	15:00
24	Betriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken – Prioritäten setzen	30	16:00
31	Bundesweit einheitliche Basisfallwerte in Krankenhäusern	30	16:30
36	Unterrichtssituation an den öffentlichen Schulen im Schuljahr 2004/05	30	17:00
38	Umsetzung von Hartz IV zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit	30	17:30
40	Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten für das Jahr 2004	30	

**Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen.**

<b>TOP</b>		<b>Berichterstattung</b>
2	Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes	5
3	Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizeiführungsakademie	5
7	Ausführung der organisationsrechtlichen Bestimmungen des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch	-
8	Gesetz zur Förderung von Beratungsstellen in freier Trägerschaft nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz	-
9	Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz	-
15	Bericht zum Verbraucherschutz	-
17	Perspektiven für die Westküste	-
25	Reform der europäischen Zuckermarktordnung	-
26	Breitbandinternetversorgung DSL	-
27	Zustimmung gemäß Artikel 34 der Landesverfassung	-
28	Zwischenbericht zur Verwaltungsstrukturreform des Landes	-
33	Ergebnisse des Job-Gipfels finanzpolitisch seriös umsetzen	5
34	Steuerliche Förderung von Dieselmotoren	5
35	Tätigkeit des Petitionsausschusses vom 1. April bis 30. Juni 2005	5
41	Bericht der Investitionsbank 2004	-

**Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen.**

<b>TOP</b>	
12	Bericht zum Sachstand Husumer Hafen
13 u. 30	Europäische Identität in Schleswig-Holstein schaffen und Schleswig-Holstein stärkt das „Europa der Regionen“
29	Entschließung zur „Medienanstalt Nord“
37	Kulturpolitische Schwerpunkte und Grundsätze